

Erscheint wöchentlich drei Mal
und zwar Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend (Vormittag).
Abonnementspreis beträgt
vierteljährlich 1 Mark 20 Pf.
prænumerando.

Anzeiger

für

Zwönitz und Umgegend.

Organ

für den Stadtgemeinderath, den Kirchen- und Schulvorstand zu Zwönitz.

Verantwortlicher Redacteur: Bernhard Ott in Zwönitz.

Inserate werden bis spätestens
Mittags des vorhergehenden
Tages des Erscheinens erbeten
und die Corpusspaltenzeile mit
10 Pf., unter „Eingefandt“ mit
20 Pf. berechnet.

N^o 145.

Donnerstag, den 9. December 1880.

5. Jahrg.

Bekanntmachung.

Diejenigen, welche Lieferungen und Arbeiten im laufenden Jahre für die hiesige Stadtgemeinde besorgt haben, werden hierdurch
veranlaßt, ihre Rechnungen bis zum

15. d. M.

zur hiesigen Stadtkasse einzureichen.

Zwönitz, am 6. December 1880.

Der Stadtgemeinderath.
Schönherr, Bürgermeister.

Tagesgeschichte.

Deutschland. Der Plan des Fürsten Reichskanzlers in Bezug auf die Versicherungen der Arbeiter soll nunmehr vollständig ausgearbeitet und seine Veröffentlichung demnächst zu erwarten sein, damit die öffentliche Meinung Gelegenheit erhalte, sich über die Ziele und über die zur Erreichung derselben einzuschlagenden Wege ein sachgemäßes Urtheil zu bilden. Es wird berichtet, daß schon jetzt soviel über den Inhalt mitgetheilt sei, daß der Plan keineswegs identisch ist mit dem oft erwähnten Vorschlage des Herrn Barre in Bochum. Voraussichtlich werde der Plan zunächst dem preussischen Volkswirtschaftsrath zur Prüfung und gutachtlichen Aeußerung vorgelegt werden und erst dann diejenige Formulirung erfahren, welche die Vorlegung desselben bei den Factoren der Gesetzgebung erfordert.

Oesterreich-Ungarn. In der „Nar. Listy“ wird ein geradezu jammervolles Klagegedicht über die Ungerechtigkeit und Hartherzigkeit des Ministeriums gegenüber den Czechen angestimmt. Minister Conrad erscheint in diesem Klagegedicht als ein Herodes, der die böhmischen Kinder geistig tödten will. „Man kann sagen, daß die Deutschen in ihm (Conrad) einen eingefleischerten Vertreter ihrer Hegemonie in den Schulen gewonnen haben, als sie je einen in einem Minister-Fauteuil besaßen. In seinen Gesprächen mit den hervorragenden czechischen Abgeordneten stellt er sich ganz verwundert, wenn man von Gleichberechtigung spricht. „Ist denn noch nicht allen gerechten Forderungen Genüge geschehen?“ So wundert er sich und verkündet dann: „Ich kann nach meinem Gewissen in der Universitätsfrage gar nichts mehr thun. Es giebt keine befähigten Lehrkräfte — die es gab, die haben ihre ordentlichen Lehrkanzeln erhalten.“ Diese Aussprüche des Ministers Conrad werden als authentisch bezeichnet; sie verhelfen dem seligen Stremayr noch zu einem ungeahnten Ruhme.“ So geht es mit Grazie weiter, man könnte förmliche Thränenbäche daraus winden.

Frankreich. Das Gesetz über die Unentgeltlichkeit des Unterrichts ist von den Deputirten bereits angenommen und liegt nun dem Senat vor; jetzt hat nun die Deputirtenkammer die Verathung des Gesetzes über den obligatorischen Laienunterricht begonnen, nachdem sie sich mit 309 gegen 142 Stimmen für die Dringlichkeit erklärt. Paul Bert resumirte den Inhalt des Gesetzes dahin: Art. 1. schließt den Religionsunterricht aus den öffentlichen Elementarschulen aus. Der Art. 2. nimmt den Geistlichen das Recht, die Elementar- und Kleinkinderschulen zu inspiciere, zu überwachen und zu leiten. Der Familienvater soll laut Bert die Gewißheit erhalten, daß seine Kinder keinen Religionsunterricht erhalten, der seinen Gefühlen widerspricht; diese Gewißheit sei um so mehr notwendig, als man den Schulunterricht obligatorisch mache. Das Gesetz fordere, daß der Unterricht obligatorisch sei, aber nicht der Schulbesuch; der Familienvater könne somit seine Kinder unterrichten lassen, wo er wolle. Der nächste Redner, Bassatière, erwiderte dem Paul Bert: „Sie wollen eine Schule ohne Gott, aber Sie errichten eine gegen Gott,“ wies dann nach, daß das Gesetz dem Lande ohne Noth eine furchtbare Last auflege, und schloß: „Ermuntern Sie zum Unterricht, aber confisciren Sie nicht zu Ihrem Vortheil.“ — Die Regierung hat, wie die „Agence Havas“ erfährt, beschlossen, in der Kammer der

Deputirten einen Antrag einzubringen, nach welchem die Kronjuwelen, welche keinen historischen Werth hätten, verkauft werden sollen. Der auf 5 Mill. Frs. geschätzte Erlös soll den National-Museen zugewendet werden.

Rußland. Die Ankunft des Kaisers in Petersburg erfolgte, ohne daß im Publikum vorher etwas davon bekannt geworden wäre. Der Kaiser sieht leidend aus, jedoch soll seine Stimmung eine bessere als vor seiner Abreise nach Livadia sein und stellen sich dessen Anfälle von Melancholie nur in längeren Intervallen ein. Mit dieser Rückkehr wird das Reformwerk Boris Melikow's, welchem der Kaiser seinen Dank für die musterhafte Ordnung ausgedrückt hat, einen beschleunigteren Gang annehmen.

Griechenland. Bei der Verathung über den Credit von 44 Millionen außerordentliche Heeresausgaben, veranlaßte Tricubis eine politische Debatte, weil die Kammer das politische Programm des Ministeriums kennen lernen wolle und wissen müsse, zu welchem Zwecke das Geld verwendet werde. Der Ministerpräsident erwiderte: Gegenwärtig, wo handeln und nicht reden gelte, müsse er es als einen Fehler der Oppositionsführer bezeichnen, eine politische Discussion einzureichen; Tricubis habe keinen Grund, eine Auseinandersetzung des politischen Programms der Regierung zu verlangen, dasselbe sei längst bekannt; Griechenlands Politik sei die der That. Die Regierung bereite sich vor, die Beschlüsse Europas auszuführen und bestrebe sich, hierfür auch die Mitwirkung Europas zu gewinnen und nichts deute an, daß die Mächte die Hilfe zur Ausführung der Berliner Beschlüsse versagen würden; bei alledem aber müsse Griechenland seine eigenen Gesichtspunkte im Auge behalten. Selbst wenn Griechenland bei Ausführung der Berliner Beschlüsse weniger großes Interesse hätte, erheische seine Ehre dennoch jedes Opfer zur Erreichung dieses Zieles. Er (Romunduros) wende sich deshalb an den Patriotismus der Kammer, spec. der Opposition. Die Regierung bedürfe unter den gegenwärtigen Umständen der ungetheilten Unterstützung der ganzen Nation, um im Augenblick der Action mit der erforderlichen Autorität auftreten zu können. Der Finanzminister legte das Budget für 1881 vor; Einnahmen 51½ Millionen gegen 114 Millionen Ausgaben. Der Minister erklärte, die Regierung werde die reguläre Armee auf dem Fuße von 80,000 Mann erhalten und wahrscheinlich die Nationalgarde einberufen.

Türkei. Die Albanesen-Chefs haben zu Dora eine Versammlung gehalten und in derselben eine Petition an den Sultan beschlossen, welche durch zwei Delegirte der Versammlung dem Großherrn überreicht wurde. In der Petition versichern die Albanesen nochmals dem Sultan ihre Loyalität, Treue und Ergebenheit und erklären es als eine Verleumdung, daß sie die Absichten haben, sich von der Türkei loszusagen. Sie wünschen nur den Fortschritt, die Entwicklung und Wohlfahrt Albaniens, und diese können nur unter gewissen Bedingungen erreicht werden, insbesondere dadurch, daß die Integrität des Landes respectirt wird, daß ganz Albanien als einheitliche Provinz unter einem von der Pforte ernannten General-Gouverneur constituirt wird und daß ernste Reformen den Ansprüchen der Civilisation und den Traditionen des Landes gemäß eingeführt werden. Dies ist der Wunsch der Albanesen, die bereit sind, alle